

2017-11-22

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
26.09.2017

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Adamek, Eiko entschuldigt

Fraktion der AfD

Benckenstein, Silke unentschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Busch, Thomas entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Es waren 7 von 9 Ausschussmitgliedern anwesend.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt 6.8 „Prüfauftrag aus der Haushaltsplanung 2017 – Gehweg Möster Straße“ zu vertagen, da hier noch Überarbeitungsbedarf bestehe. Hierzu gab es keine Einwände.

Die geänderte Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde geändert, einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.08.2017

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, fragte nach, ob die *Anlage 5* zum Ringschluss Nord bereits als abschließendes Ergebnis zu betrachten sei. Hierzu gab **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, an, dass man damit der Bitte von Stadtrat Meier nachgekommen war, einen Zwischenstand zur Ergänzungserhebung zu geben. Das Gutachten mit dem Ergebnis werde Ende November vorliegen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Die Niederschrift vom 23.08.2017 wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Die Niederschrift vom 23.08.2017 wurde ungeändert beschlossen.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte darüber, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 23.08.2017 keine Beschlüsse gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Anfragen oder Wortmeldungen vorgebracht.

6 Öffentliche Beschlussfassungen

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.5 Novellierung des Maßnahmebeschlusses zur Beseitigung von Hochwasserschäden und zum Teilrückbau von Bauwerken auf dem Gelände des ehemaligen Freibades "Rehsumpf"
Vorlage: BV/246/2017/III-65

Da die Sanierung der Brücke über die Jonitzer Mulde zum Rehsumpf nicht förderfähig sei, erkundigte sich **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, nach dem geplanten Vorgehen. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, gab an, dass die Brücke Eigentum des Landes Sachsen-Anhalt und die Stadt somit nicht verantwortlich für eine Sanierung sei. Darüber hinaus sei das Bauwerk im Moment noch standsicher, so **Frau Schlonski**.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

6.6 Rathaus Altbau - Sanierung Dach / Westfassade einschl. Turm
Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses
Vorlage: BV/309/2017/III-65

Frau Schlonski, Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, gab einleitend an, dass bei der Besichtigung des Rathhausturms erheblich höhere Schäden entdeckt wurden, als vorher ersichtlich. Daraus ergebe sich nun die starke Kostensteigerung um fast 500.000 EUR.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, erkundigte sich, wann der Standsicherheitsnachweis vorliegen werde und damit die endgültigen Kosten erkennbar wären. **Frau Schlonski** versicherte zunächst, dass keine Einsturzgefahr des Turms bestehe, jedoch könnten Fassadenteile herabfallen.

Herr Otto, Fraktion Pro-Dessau-Roßlau, erkundigte sich nach dem weiteren Zeitplan. **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, gab an, dass man einen genauen Zeitplan erst im November liefern könne.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.7 Infrastrukturvorhaben im Zuge der Trassenänderung des Elberadweges **Vorlage: BV/241/2017/III-66**

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, gab an, dass die Beschlussvorlage im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus mit dem Ergebnis 3 : 3 : 1 abgelehnt wurde. Hintergrund sei eine lange Diskussion auf der Suche nach einer Lösung für die Gropiusallee gewesen. Eine solche konnte jedoch nicht gefunden werden. Letztendlich ließe der denkmalgeschützte Aufbau mit dem Fußweg und der Baumallee nicht genug Platz für den Umbau, so **Frau Schlonski**. Weiterhin hätten Pkw-Stellplätze auf der Westseite wegfallen müssen, was auf großen Protest gestoßen sei. Als Kompromiss solle jetzt der Elberadweg an der Puschkinallee entlanggeführt werden. Ein Hinweis am Kreisverkehr „An den Sieben Säulen“ solle dann zum nahen Bauhaus führen.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, drückte sein Bedauern darüber aus, dass der Elberadweg nicht direkt am Bauhaus vorbeiführen soll. Eventuell könne man den Fußweg in der Gropiusallee auch für Radfahrer freigeben oder die Stellplätze anders anordnen. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, versicherte, dass eine umfangreiche Prüfung aller Möglichkeiten stattgefunden habe. Besonders die Alternative, dass die Pkw-Stellplätze auf einer Straßenseite entfernt werden, stieß auf eine hohe Ablehnung und wurde deshalb verworfen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab zu Bedenken, dass der Fußweg in der Gropiusallee bis zum Bauhausjubiläum 2019 ohnehin erneuert werden müsse. Dies könne mit der Umverlegung des Elberadwegs kombiniert werden. **Herr Otto** schlug die Verwendung von Teilen der Vorgärten vor, um Fläche zu gewinnen. Den Prüfauftrag wolle man gern mitnehmen, so **Herr Pfefferkorn**, jedoch stellten vielmehr die Bäume selbst das Problem dar, da ein ausreichender Wurzelschutz sehr kostenintensiv sei. Eine Realisierung bis 2019 sei insgesamt sehr schwierig.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, empfand die Lösung als völlig unbefriedigend. Deshalb fragte er, ob die Umverlegung des Elberadwegs nicht ohne Sanierung in der Gropiusallee möglich wäre. Dies sei auf Grund der geforderten Standards für zertifizierte Radwege nicht möglich, so **Frau Schlonski**. Der Alternativvorschlag **Herrn Dr. Melchior**s, den Elberadweg entlang der Ziebigker Straße und des Fischereiwegs zum Bauhausplatz führen zu lassen, wurde von **Herrn Pfefferkorn** mit Hinblick auf die technische Umsetzung und die schlechte touristische Führung abgelehnt.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fasste zusammen, dass wirklich alle Alternativen geprüft wurden. Er bat darum, den Beschlussvorschlag als Zwischenstand zu betrachten und perspektivisch über den Umgang mit der Gropiusallee nachzudenken. **Herr Pfefferkorn** gab ergänzend an, dass die Kernidee der Beschlussvorlage in der Entscheidung für die Elballee liege. Zwar sei dies nicht die perfekte Lösung, jedoch könne man dadurch diesen wichtigen und langen Abschnitt erneuern.

Herr Meier führte an, dass dies bereits der zweite große Kompromiss sei, nachdem bereits das Luisium weiträumig umfahren werde. Zwar sei es unstrittig, dass man auch in der El-

ballee tätig werden müsse, jedoch wollte er wissen, ob tatsächlich für die gesamte Strecke die geforderten Standards vorliegen müssen oder ob nicht auch ein Teil als noch sanierungsbedürftig gekennzeichnet werden könne.

Zunächst gab **Frau Schlonski** an, dass nach Gesprächen mit dem **Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft** nun doch der kürzerer Weg durch den Schlosspark am Luisium führen werde. Die entsprechenden Mittel zur Sanierung des Radwegs sind im Haushalt 2018 angemeldet. Hinsichtlich der Gropiusallee müssten ihres Wissens die Vorgaben auf der gesamten Strecke des Elberadwegs erfüllt sein und würden vorab besichtigt und geprüft.

Herr Otto beharrte darauf, dass eine Instandsetzung wenigstens einer Seite der Gropiusallee unter Heranziehung der Vorgärten möglich sein müsse. Daraufhin bemerkte **Herr Tschammer, Fraktion der SPD**, dass die Vorgärten auf der östlichen Seite der Gropiusallee nicht im Besitz der Wohnungsgenossenschaft Dessau seien. **Herr Schönemann** bestätigte, den Vorschlag Herrn Ottos als Prüfauftrag mitzunehmen.

Die Nachfrage **Herrn Meiers**, ob der nördliche Radweg in der Puschkinallee künftig genutzt werden oder ob der Weg durch den Park führen solle, beantwortete **Herr Pfefferkorn** dahingehend, dass der vorhandene Radweg geringfügig verbreitert werden solle. Von Vorteil sei hier, dass auf der anderen Seite bereits ein Radweg vorhanden sei, so dass der Grünbereich nur wenig reduziert werden müsse.

Herr Meier machte den Vorschlag, die Pläne zur Puschkinallee aus der Vorlage zu streichen. **Herr Schönemann** hielt eine Streichung für wenig nutzbringend. Vielmehr sollte man diese Pläne parallel weiterentwickeln und hierfür eine Terminvorgabe stellen. Er bat darum, über die unstrittigen Teile der Beschlussvorlage abzustimmen. An dieser Stelle machte **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, darauf aufmerksam, dass man sich bereits jetzt auf die endgültige Trassenführung einigen sollte, wenn man Fördermittel beantragen wolle. Ein späterer Wechsel sei aus seiner Sicht wohl nicht möglich.

Herr Tschammer schloss sich der Argumentation Herrn Schönemanns an. Im Moment sei die Puschkinallee die günstigste Variante. Eventuell könne man in zwei Jahren noch einmal versuchen, die Gropiusallee einzubeziehen. **Herr Pfefferkorn** versicherte den Ausschussmitgliedern noch einmal, dass man alle Vorschläge bereits ausführlich geprüft habe. Dies unterstützte **Frau Schlonski** und betonte, dass man jetzt tätig werden müsse, wenn das Vorhaben bis 2019 umgesetzt werden solle. Da man sich in einem sehr hohen Vergabebereich befinde, bedeute es auch einen enormen Ausschreibungsaufwand.

Herr Dr. Melchior äußerte den Wunsch, die Abstimmung zu verschieben. Zwischenzeitlich solle ein Beratungstermin stattfinden, um Einsicht in die Detailplanung des Tiefbauamtes zu erhalten. Gegebenenfalls könne man so gemeinsam noch eine Lösung finden. Dies hielt **Herr Tschammer** für unnötig. Aus seiner Sicht sei der vorliegende Vorschlag schlüssig und vernünftig. **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, unterstütze dies mit Hinweis auf den zeitlichen Rahmen. Man solle nicht immer die Arbeit der Verwaltung zerreden. **Herr Meier** stellte trotzdem einen Änderungsantrag zur Beschlussvorlage, wobei er um Streichung der Pläne zur Puschkinallee bat.

Herr Otto bestand auf einer Prüfung, ob nicht doch eine Ausnahme bezüglich der Standards gemacht werden könne. Weiterhin kritisierte er die Beigeordnete, dass der Stadtbezirksbeirat nicht beteiligt worden und somit die Beratungsfolge nicht ordnungsgemäß sei. **Frau Schlonski** wehrte sich gegen Herrn Ottos Vorwürfe und bat ihn künftig um ein angemesseneres Verhalten. Aus ihrer Sicht handele es sich um ein gesamtstädtisches Projekt. Sie sei jedoch gern bereit, einen angemessen vorgebrachten Hinweis aufzunehmen und den Stadtbezirksbeirat hinzuzuziehen. **Herr Schönemann** sah zwar keine Gefahr der sachgerechten

Abwägung, allerdings bat auch er um die Stellungnahme des Stadtbezirksbeirats. Eine Parallelentwicklung müsse jedoch möglich sein, um im Rhythmus zu bleiben.

Herr Schönemann fasste die Vorlage abschließend als angemessene Lösung im Zeitfenster bis 2019 zusammen. **Herr Tschammer** unterstützte dies und bat um Abstimmung. Er hielt die dauernde Kritik an der Verwaltung nicht für zweckdienlich. Die Verwaltung sei kompetent genug und habe alle Vorschläge intensiv geprüft. **Frau Schlonski** erinnerte daran, dass mehrere Beratungen zum Thema stattgefunden haben.

Herr Schönemann stellte zunächst den Änderungsantrag Herrn Meiers zur Abstimmung. Dieser wurde mit 2 : 4 : 1 abgelehnt.

Anschließend stellte **Herr Schönemann** die Beschlussvorlage vorbehaltlich der Beratung des Stadtbezirksbeirates und unter Aufnahme des Prüfauftrages, wie das Bauhaus in die Trassenführung des Elberadweges einbezogen werden könne, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

4 : 3 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde geändert bestätigt.

6.8 Prüfauftrag aus der Haushaltsplanung 2017 Triftweg Vorlage: BV/273/2017/III-66

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, gab zunächst an, dass sich der Ortschaftsrat Roßlau einstimmig gegen die Beschlussvorlage zum Triftweg in Roßlau ausgesprochen habe. **Herr Säbel, Tiefbauamt**, berichtete hierzu von einem Telefonat mit Herrn Mosch, Leiter des Referats Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten. Demzufolge halte der Ortschaftsrat Roßlau die geplante Mittelfreigabe für ein Baugrundgutachten nicht für notwendig. Der Missstand könne mit normalen Haushaltsmitteln beseitigt werden.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, fragte, ob sich die Problematik nicht erübrige, wenn die Ortsumgehung Roßlau gebaut werde. **Frau Schlonski** gab an, dass die Trassenführung der Ortsumgehung noch nicht abschließend geklärt sei. Der Ortschaftsrat Roßlau hätte den Wunsch geäußert, den Triftweg zu sanieren. Nun solle eine Prüfung klären, in welcher Form dies notwendig und wie das Vorhaben in Zusammenhang zur Ortsumgehung zu sehen sei. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, ergänzte hierzu, dass nach allgemeiner Meinung die Deckschicht im Triftweg in sehr schlechtem Zustand sei. Der erste Schritt zur Instandsetzung sei jedoch ein Gutachten, um zu entscheiden ob und in welcher Höhe Haushaltsmittel verwendet werden müssen. Tatsächlich sei die Trassenführung der Ortsumgehung derzeit so geplant, dass der Triftweg kaum noch frequentiert würde, so **Herr Pfefferkorn**. Jedoch sei noch völlig unklar, wann diese Umgehung kommen werde.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab an, dass es für ihn im Beschlusstext nicht ersichtlich sei, dass über das Baugrundgutachten abgestimmt werde. Dies solle geändert werden. Zudem hätte er schon mehrfach dem OB mitgeteilt, dass die Stadt stärker tätig werden müsse, wenn die Ortsumgehung Roßlau vorangetrieben werden solle. Städtische Investitionen und Abstimmungen mit dem Bund würden hier nach seiner Ansicht zu einem schnellen Erfolg führen.

Laut **Frau Schlonski** werde im Beschlusstext deutlich, dass es einen Prüfauftrag gab, die gesamte Investition im Haushalt aufzunehmen. Diesem Auftrag sei die Verwaltung nachgekommen und habe die Kosten zusammengestellt. Jedoch wolle man zunächst nur 10.000 EUR für ein Baugrundgutachten anmelden, um entscheiden zu können, ob der Vorgang tatsächlich vorangetrieben werden solle. Der Beschluss beziehe sich also auf die Anmeldung der besagten 10.000 EUR im Haushalt 2018.

Der Auffassung **Herrn Tschammers, Fraktion der SPD**, dass die Roßlauer dies offensichtlich gar nicht wünschten, entgegnete **Herr Schönemann**, dass sie die Instandsetzung des Triftweges wünschten. Jedoch lehnten sie eine erneute Prüfung der Sinnhaftigkeit der Maßnahme ab. Hierzu las **Frau Schlonski** einen Auszug aus der Niederschrift der Ortschaftsratssitzung vom 21.09.2017 vor. Demnach sei der Prüfauftrag so nicht formuliert worden. Der grundlegende Ausbau habe nie zur Diskussion gestanden. Durch den Ortschaftsrat sei ursprünglich angeregt worden, die gesamte Oberfläche des Triftweges abzufräsen, um eine neue Deckschicht aufzubringen. Der Ortschaftsrat bitte hierzu um eine erneute Prüfung.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. **Herrn Ottos** erneute Bitte nach einer Neuformulierung des Beschlusstextes kam **Frau Schlonski** wie folgt nach.

Beschluss: Eine Baugrunduntersuchung für eine mögliche Investition Triftweg Roßlau ist im Rahmen der Haushaltsplanung für den Finanzhaushalt 2018 anzumelden.

Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.9 Umgestaltung der Öffentlichen Personennahverkehrs-Schnittstelle Bahnhofsbplatz Dessau Vorlage: BV/293/2017/III-66

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, gab an, dass die Vorlage im Ausschuss für Finanzen mit 3 : 3 : 2 abgelehnt wurde, da keine vollständige Beschreibung des bestehenden Busbahnhofs möglich sei.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab an, dass aus seiner Sicht die Darstellung der Verteilung der Finanzmittel unverständlich sei. Zudem gebe es aus seiner Fraktion Widerstand auf Grund der hohen Kosten. Eventuell sei eine Teilrealisierung möglich, um die Fördermittel in Anspruch nehmen zu können.

Auch **Herr Tschammer, Fraktion der SPD**, kritisierte die hohen Kosten. Die SPD-Fraktion werde nicht gegen die Entscheidung des Finanzausschusses stimmen. Aus seiner Sicht seien Reparaturarbeiten ausreichend. Zudem sei in der Umgebung des Bahnhofs genügend Grün zu finden.

Eventuell könne man in Hinblick auf das Bauhausjubiläum zunächst den Bahnhofsvorplatz instand setzen, fragte **Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**. Hierzu merkte **Frau Schlonski** an, dass gerade das nicht möglich sei, da die Fördermittel aus dem Schnittstellenprogramm der NASA kämen. Demnach sei der Busbahnhof vorrangiges Objekt. Sie sprach sich jedoch insgesamt gegen eine Teilrealisierung des Vorhabens aus, da man

ein vernünftiges Aushängeschild für die Stadt schaffen sollte. Zudem sei es fraglich, ob es zu einer erheblichen Kostensenkung führen würde, wenn man den Bahnhofsvorplatz wegließe.

Frau Schlonski gab weiterhin zu bedenken, dass das Vorhaben bereits in der Öffentlichkeit und mit dem Gestaltungsbeirat breit diskutiert wurde. Sollte man es jetzt zurückziehen, hätte das eine sehr schlechte Außenwirkung.

Auf erneute Nachfrage **Herrn Ottos** erläuterte **Herr Säbel, Tiefbauamt**, die geplante Verteilung der finanziellen Mittel. Auf Grund **Herrn Ottos** Kritik, dass Mittel an anderen Stellen fehlen würden, erklärte **Frau Schlonski**, dass es sich lediglich um Verpflichtungsermächtigungen handele. Das Geld stehe zwar zur Verfügung, werde aber vorerst nicht genutzt. Später würden die Zuweisungen aus dem Schnittstellenprogramm einen Teil davon decken. Lediglich der Ausbau der Hobuschgasse könne dann nicht realisiert werden.

Herr Dr. Melchior erfragte, ob man die Frage nach der Finanzierung nicht in die Haushaltsdiskussionen für 2018 aufnehmen sollte. Dies sei ungünstig, so **Frau Schlonski**, da somit die Gefahr bestünde gerade im Jubiläumsjahr eine Baustelle am Bahnhof vorzufinden.

Herr Dr. Reck, Beigeordnete für Wirtschaft und Kultur, regte an, nach Sonderposten zu suchen, die man gegenrechnen könne. Dadurch würde der Ergebnishaushalt weniger belastet.

Herr Schönemann fasste zusammen, dass das Vorhaben insgesamt zu befürworten sei. Jedoch müsse zunächst die Finanzierung geklärt werden. Besonderes Augenmerk müsse hierbei auf der Abschreibung des bestehenden Busbahnhofs liegen. Die Abschreibungsmodalitäten müssten im Finanzdezernat mit der Option, den Beschluss zu ermöglichen, überprüft werden.

Die Ausschussmitglieder verständigten sich darauf, der Beschlussvorlage folgenden Vorbehalt beizufügen: Das Dezernat für Finanzen wird gebeten, die Vorlage finanziell so zu optimieren, dass ein Beschluss ermöglicht wird. Insbesondere sind die Abschreibungsmodalitäten zu präzisieren.

Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 1 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

6.10 Ausschreibung der Leistung des Handyparkens im Stadtgebiet Dessau-Roßlau Vorlage: BV/308/2017/III-66

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, wollte wissen, ob tatsächlich 18 Erfassungsgeräte benötigt würden. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, gab hierzu an, dass vom Stadtordnungsdienst angegeben wurde, dass nur so eine flächendeckende Umsetzung möglich sei.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.11 Aktualisierung des Energiepolitischen Arbeitsprogramms (EPAP) Vorlage: BV/277/2017/III-83

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, gab an, dass leider eine zentrale Koordinierungsstelle für die Stadt fehle. Die Aufgaben, die zunächst von der Klimaschutzmanagerin wahrgenommen wurden, wurden teilweise in der Stadtverwaltung implementiert, jedoch müsse eine Personalstelle geschaffen werden, wenn man das Programm erfolgreich weiterführen wolle.

Dies bekräftigte auch **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz**. Die Beschlussvorlage zielt jedoch zunächst auf die Aktualisierung des Energiepolitischen Arbeitsprogramms. **Frau Dr. Kegler** lobte das Programm und dessen positive Effekte auf die Stadt und die Verwaltung. Es hätte jederzeit eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Bereichen stattgefunden. Der Bitte des Ausschusses für Finanzen, die Kosten für die einzelnen Maßnahmen aufzuführen, werde sie bis zur Sitzung des Stadtrates am 18.10.17 noch nachkommen. Allerdings seien diese Zahlen von untergeordneter Bedeutung, da es sich um Maßnahmen handele, die ohnehin umgesetzt und lediglich energiepolitisch bewertet würden.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, sicherte zu, dass sich die Fraktion der Linken in den Haushaltsdiskussionen für die Schaffung einer Personalstelle eines Klimaschutzmanagers einsetzen werde.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Maßnahmebeschluss Touristische Geländeerschließung im Umfeld der Bauhausbauten Konsumgebäude in der Bauhassiedlung Dessau-Törten Vorlage: BV/247/2017/IV-80

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.2 Informationen des Dezernats für Stadtentwicklung und Umwelt

7.2.1 Sachstand Muldebrücke

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, gab an, dass sich das Projekt dem Ende nähere. Die Verkehrsfreigabe für die gesamten Anlagen und Anbindungen sei für den 29.09.17 geplant und werde aller Voraussicht auch so umgesetzt. Die nachfolgenden Restarbeiten würden im Wesentlichen bis Ende Oktober abgeschlossen.

7.2.2 Sachstand Kavalierstraße, Umfeldgestaltung Bauhausmuseum, Kunst im öffentlichen Raum, OdF-Mahnmal

Herr Jähne, Projektsteuerer Bauhausmuseum/Kavalierstraße, berichtete zum aktuellen Sachstand anhand einer Präsentation (*Anlage 2*). Die Arbeiten liefen derzeit planmäßig. Die Öffentlichkeitsarbeit werde intensiv betrieben. Mit der Kostenentwicklung befinde man sich nach aktuellem Stand im vorgesehenen Rahmen.

Herr Schmieder, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, berichtete zum Thema Kunst im öffentlichen Raum. Demnach hätten eine Beratung mit dem Gestaltungsbeirat und ein Rundgang durch den Stadtpark stattgefunden. Die daraus resultierenden Empfehlungen seien in einer Beschlussvorlage umgesetzt worden. Diese befinde sich derzeit in der Ämterbeteiligung und solle dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt im November vorgestellt werden.

In Bezug auf das OdF-Mahnmal sei die Standortentscheidung gefallen, so **Herr Schmieder**. Man habe sich dazu entschlossen, die Planer der Kavalierstraße auch mit dem Wiederaufbau des Mahnmals zu beauftragen. Eine entsprechende Aufgabenstellung wurde erarbeitet. Derzeit warte man auf das Angebot der Planer. Der Wiederaufbau solle dann im Laufe des Jahres 2018 erfolgen.

7.2.3 Sachstand Ringschluss Nord

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, gab an, dass man Ende November das Ergebnis des Gutachtens erwarte. Ansonsten gebe es keine Veränderung im Vergleich zur letzten Ausschusssitzung. Derzeit verlaufe alles planmäßig.

7.2.4 Sachstand Ersatzneubau Schwimmhalle

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, gab an, dass die Ausbaugewerke alle begonnen hätten und derzeit auf Hochtouren laufen. Im Frühjahr 2018 werde man in den Probetrieb gehen. Man bewege sich noch im Rahmen des Kostenplans.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, lobte diese Entwicklung als sehr erfreulich und sprach allen Beteiligten ein Kompliment für ihre Arbeit aus.

7.2.5 Sachstand Retentionsbecken Mosigkau

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, gab an, dass man derzeit an der Fertigstellung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung arbeite. Diese sei für die 43. Kalenderwoche vorgesehen. Danach folge die Prüfung durch das Umweltamt und die Naturschutzverbände, ob ein Planfeststellungsverfahren notwendig sei. In diesem Fall würde sich der Terminplan um 6 bis 12 Monate verzögern. Sollte die Plangenehmigung als ausreichend befunden werden, sehe der Terminplan eine Bauzeit von September 2018 bis Dezember 2019 vor.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, gab an, dass der Ortsbürgermeister von Mosigkau Herr Büttner bereits signalisiert hatte, dass es bei der Grundstückserschließung erhebliche Probleme gebe. Deshalb äußerte **Herr Schönemann** die Bitte, dass die Verwaltung den Ortschaftsrat Mosigkau mit einer Projektgruppe unterstütze, damit das Projekt auch umgesetzt werden könne.

7.2.6 Sonstige Informationen des Dezernats für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, berichtete zu einem alternativen und kostengünstigeren Straßenbelag. Hierzu habe ein Austausch mit den Kollegen in Wittenberg stattgefunden. Bei dem Produkt handele es sich um ein tragfähiges Kunststoffgitter, welches Trag- und Deckschicht miteinander vereine. Darin würden Pflastersteine lose eingelegt. Empfohlene Einsatzgebiete seien laut Hersteller Pkw-Parkplätze, Rad- und Gehwege, Anliegerstraßen, Lagerplätze sowie Siedlungsstraßen mit geringer Belastung. In Wittenberg sei man bisher sehr zufrieden.

Ein wichtiger Punkt, den es zu beachten gebe, so **Herr Pfefferkorn**, sei der versickerungsfähige Untergrund. Dieser sei in Dessau-Roßlau nicht überall zu finden. Weiterhin befürchte man eine große Geräusentwicklung, was derzeit durch das Umweltamt geprüft werde. Zudem hätten bisher nur wenige Baubetriebe Erfahrung mit dem Material. Vorteilhaft sei, dass man bei Hausanschlussmaßnahmen problemlos Teile entfernen und wieder einsetzen

könne. Das Tiefbauamt prüfe momentan, ob sich die Rietzmecker Straße in Großkühnau für eine Verwendung eignen würde.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, begrüßte, dass man sich um kostengünstige Alternativen bemühe. Bezugnehmend auf die Umweltfreundlichkeit, wollte er wissen, wie sich der Kunststoff langfristig verhalte. **Herr Pfefferkorn** gab an, sich hierzu zunächst informieren zu müssen. Aufgrund der wenigen Erfahrungen, könne man sich allerdings nur auf Herstellerangaben beziehen.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, berichtete vom Anruf eines Bürgers, der darauf hinwies, dass am Ortseingang Dessau aus Richtung Roßlau kommend eine Fahrbahnverengung zu einem enormen Rückstau führen würde und bat um Prüfung durch die Verwaltung. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, sicherte eine Prüfung zu. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, und **Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, verwiesen auf das ausgeschilderte Tangentensystem für die Umfahrung der Baustelle.

Herr Otto gab einen weiteren Hinweis zur Verkehrsführung. Nach seiner Ansicht sollte man im Bereich der Askanischen Straße zwischen Willy-Lohmann-Straße und Kavaliertstraße die Linksabbiegerspur auch für den Geradeaus-Verkehr freigeben, um großen Rückstau zu vermeiden. **Herr Jähne, Projektsteuerer Bauhausmuseum/Kavaliertstraße**, bedankte sich für den Hinweis, gab aber auch an, dass man die Variante bereits geprüft habe. Man wolle jedoch die Öffnung zum Friederikenplatz abwarten, um die Verkehrsströme und somit die Notwendigkeit besser beurteilen zu können.

Herr Meier zeigte sich besorgt um die Verkehrssicherheit im Bereich Flössergasse/ Muldstraße. Durch die Öffnung des Bereichs sei der Durchgangsverkehr stark gestiegen. Laut **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, gehe man davon aus, dass sich das Verkehrsaufkommen verringere, wenn der Friederikenplatz wieder geöffnet ist. Man werde das aber weiter beobachten.

Herr Meier hatte weiterhin Fragen zum Quartierskonzept „Am Leipziger Tor“. Für ihn sei aus der Präsentation der letzten Ausschusssitzung nicht ersichtlich, ob es tatsächlich nur um den urbanen Kern gehe oder ob das gesamte Quartier einbezogen werden solle. Dies sei aus seiner Sicht zwingend nötig, um das Gebiet wieder voranzubringen. **Frau Schlonski** gab an, dass Gespräche mit allen Akteuren den beschriebenen Hauptbeobachtungsbereich ergeben hätten. Allerdings sei eine Verflechtung mit den weiteren Gebieten angedacht.

Herr Meier berichtete, dass es sehr kontroverse Diskussionen im Stadtteil gebe. Zum einen in Bezug auf das Projekt „Wildnis wagen“. Zum anderen sei Kritik an der Verfahrensweise der Verwaltung bezüglich der Einbeziehung der Gebietsakteure geübt worden. **Frau Schlonski** gab hierzu an, dass man die Akteure ganz gezielt eingeladen und angesprochen habe, um deren Einstellungen und Ideen zum Quartierskonzept abzufragen. Deshalb sei die Kritik für sie schwer nachvollziehbar.

Herr Meier sprach sich zum Schluss gegen einen weiteren Abriss im Quartier aus. Dies sei aus seiner Sicht ein Verstoß gegen das INSEK-Programm. **Herr Schönemann** sah hier keinen Verstoß. Aus seiner Sicht müsse an der Beschlusslage festgehalten und somit Verbind-

lichkeit für die Bürger geschaffen werden. **Frau Schlonski** argumentierte mit den hohen Leerstand in der Stadt. Man könne nicht auf weitere Abrisse verzichten. Die getroffenen Beschlüsse müssten in jedem Fall im Sinne der Stadtentwicklung umgesetzt werden.

Weitere Fragen und Informationen gab es nicht.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 19:30 Uhr geschlossen.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 19:50 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 23.11.17

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt Schriftführer